

Wochenausgabe
Morgen-Ausgabe
Preis: 200 000
Verlag: Otto C. Heile

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 436

Einzelpreis 500 000 Mark

Verlagspreis: vom 18.-22. Sept. Blatt 4 000 000.— Abbestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unter Nachnahme entgegen. — Höherer Ersatz tritt bei Verzug von Schenkungen ein.
Halle-Saale
Anzeigenpreis: (Multiplikator: 26 1/2) 1. Spalte 100 000, 2. Spalte 80 000, 3. Spalte 60 000, 4. Spalte 40 000, 5. Spalte 20 000, 6. Spalte 10 000, 7. Spalte 5 000, 8. Spalte 2 500, 9. Spalte 1 250, 10. Spalte 625, 11. Spalte 312, 12. Spalte 156, 13. Spalte 78, 14. Spalte 39, 15. Spalte 19, 16. Spalte 9, 17. Spalte 4, 18. Spalte 2, 19. Spalte 1, 20. Spalte 0,5.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 20 512.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfrucht Nr. 6209
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Französische Kritik an Poincarés Starrsinn

Einsichtige Pariser Pressestimmen

Nichttun gegen Poincaré

(Von unserem ständigen Mitarbeiter)
Paris, 17. September.

Der Erfolg der gestrigen Rede Poincarés in Frankreich ist mit dem letzten schärfsten Zustimmung der großen öffentlichen Mäxter, des „Echo de Paris“, „Matin“, „Globe“, nicht verkannt worden darf, doch wohl etwas zweifelhafter, als er sich nach den bisherigen Sonntagreden des französischen Ministerpräsidenten zu zeigen pflegte. Der Angriff wird von verschiedenen Seiten bekräftigt. Das französische Publikum war durch die Presse herbeizuführen auf die Besichtigung der schwebenden direkten Verhandlungen mit Deutschland hingewiesen worden, als daß man die scharfen Bemerkungen in der gestrigen Rede hier ohne weiteres hätte aufheben können. Mit fester Energie als je zuvor deutet der am meisten beachtete Kritiker der französischen außenpolitischen Richtung de Jouvenel im „Revue“ auf die Unzufriedenheit eines Schichten der festgesetzten Verneinungen.

Französische Hoffnung auf Bayern

London, 17. September.

Der Pariser Berichtsführer der „Sunday Times“ freilich, beträchtliche Bedeutung werde in französischen diplomatischen Kreisen der aus Berlin kommenden Meldung beigegeben, daß die bayerische Regierung beschlossen habe, die auswärtige Politik Dr. Stresemanns zu unterstützen. Wenn sich diese Nachricht bestätigte, so werde dies eine neue Entwicklung im Reparationsproblem bedeuten. Die meisten Franzosen seien überzeugt, daß Dr. Stresemann auf richtigerem Wege, ein Uebereinkommen mit Frankreich zu erzielen.

durch Währungsfragen die Beamten vor der Selbstverletzung besser geschützt würden. Die Gewerkschaften leisten jedoch gegen die Beschlüsse des Ministers ohne Ausnahme den aller schärfsten Protest ein. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der christlichen Gewerkschaften betonen, daß sie ihren Mitgliedern gegenüber diese Regierungsmaßnahme nicht mehr verantworten könnten und daß ein Fortsetzen der Konfliktverhandlungen nur zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen würde. Die Gewerkschaft könne in dieser Hinsicht die Minister nur einen weiteren erheblichen Schritt auf dem Wege zum Aufbau des Verfassungsamtes zu erblicken. Auch die meisten Befreiungen überlassen entgegengelegen. Auch die Vertreter des Reichsbundes der Arbeiter, die Beamten und selbst der Streiker der freien Gewerkschaften sind der Meinung, daß er seinen Auftraggeber gegenüber die Währungsabgabe nicht zu vertreten in der Lage sei.

Die Devisenerfassung

Berlin, 17. September.

Dem Kommissar für Devisenerfassung ist bekannt geworden, daß die Bankengruppe mit Aufhebung ihrer Beschränkungen oder ohne deren Wissen in der Weise ausländische Zahlungsmittel erwerben, daß sie die ausländischen Zahlungsmittel den verkaufenden Kunden abnehmen, ohne daß die Bank selbst von der Kaufgelegenheit Gebrauch macht. Sollten solche Verträge gegen die Vorschriften der Devisenerfassung verstoßen werden, so haben Verkäufer und Käufer Befragung zu gewärtigen. Außerdem wird den betreffenden Banken die Devisenhandelsbefugnis entzogen werden.

Dequotte verbietet die Zeichnung der Goldanleihe

Genève, 17. September.

General Dequotte hat nach kurzem Vorlauf der Zeichnung, dem Vorfall der Rheinlandsanleihe folgend, die deutsche Goldanleihe für das Ruhrgebiet und den Rheinlanden verboten, da sie seiner Genehmigung nicht unterbreitet gewesen sei. Der Betrag der Zeichnung wird ohne Einzahlung „deposits“ an der Ruhr. Außer Strafen für die Zeichnung wird die Zeichnung aller Anleihe, die an der Zeichnung teilnehmen, anstandslos. Die Zeichnung nach Aufhebung der Beschränkungen wurden über Offen eine Reihe schwerer Einschränkungen des Straßenverkehrs mit den Nachbarorten verhängt.

Der französische Druck an der Ruhr

(Eigener Drahtbericht)
Genève, 16. September.

Die Franzosen haben gestern ohne Angabe von Gründen den Straßenbahnverkehr und den Autoverkehr auf der Strecke von Essen bis Aachen verboten. Die Straßenbahnen von Essen nach Aachen müssen abends nach 6 Uhr einfahren. Die Rettungsdienste bis auf weiteres. Die Straßensperren, Autos und Personentransporte im Kreis Aachen von gestern abends 8 Uhr ab verboten. Die Straßensperren Essen-Gelsenkirchen mußte abends 6 Uhr den Betrieb einstellen. — Der Verkehr Essen-Gelsenkirchen ist hiermit unterbrochen. Die Bevölkerung ist gezwungen, fadenlange Wege zu Fuß zurückzulegen.

Paris, 15. September.
Gabas meldet aus Düsseldorf, daß in Bochum 500 und in Duisburg 100 Millionen Mark beschlagnahmt worden sind.

Essen, 15. September.
Die Franzosen haben fort, Gelder für die Eisenbahn befristeten bezugnehmen. In Aachen wurden 75 Millionen fortgenommen und bei dieser Gelegenheit zwei Wunden verhaftet. Auch die Ausweisung geben in Essen aus Mülheim (Ruhr) und Mülheim-Sturum wurden am 13. d. M. sechs Familien mit zusammen 16 Personen, aus Düsseldorf und Umgebung weitere 18 Eisenbahner mit Familie, zusammen 45 Personen, ausgewiesen.

Eine „deutsche“ Firma

Berlin, 15. September.

Von durchaus zuverlässiger Seite geht der „Republikanischen Union“ folgendes, aus Saarbrücken, den 31. August 1923, datiertes Schreiben in Abdruck zu:
„Der Direktor! In dem wir unter Tätigkeit auf die besetzten rheinischen Gebiete auszuweichen wünschen, so können ferner eine neue Republik ausgetreten zu werden sein, während wir glücklicherweise selbsthaft dort vertreten zu können, und wir bitten Sie, uns falls möglich Ihre Bedingungen bekanntzugeben, unter denen Sie uns Ihre Vollmacht (Auftrag) erteilen können. — Wenn es notwendig ist, wird sich einer unserer Direktoren nach dem Sitz Ihrer Gesellschaft begeben. — In dem wir auf höchste Antwort hoffen, bitten wir Sie, unsere aufrechten Empfindungen anzunehmen. Rheinischer Bund, Internationales Verbandsbüro.“

Auch Belgien macht keine Konzession

(Drahtmeldung unseres ständigen Mitarbeiters).
Paris, 17. September.

Ueber die Stellung der belgischen Regierung meldet der Brüsseler Korrespondent des „Temps“, die belgische Regierung werde in keiner Weise Uebereinkommen mit der deutschen Regierung eingehen, auch die große Mehrheit der einflussreichen politischen Kreise sei der Auffassung, daß man keine Konzessionen prinzipieller Natur machen dürfe. Die deutsche Regierung müsse durch Aufgabe des Widerstandes offiziell zu erkennen geben, daß sie die Rechte verloren habe. Dies sei das einzige Mittel, um anzuzeigen, daß das deutsche Volk die Folgen seiner Niederlage auf sich nehmen. Zu den Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gehöre auch die Verpflichtung Deutschlands, die Kohlenlieferungen freiwillig wieder aufzunehmen. Infolge des unbestimmten Charakters der deutschen Forderungen und der Verunsicherung der belgischen öffentlichen Meinung sei es dem belgischen Ministerpräsidenten, der auf die Auffassung, daß man sich auf keinen Garantievertrag einlassen wolle.

Frankreich braucht Englands Hilfe

London, 17. September.

Der diplomatische Berichtsführer des „Observer“ hebt hervor, bisher sei in offiziellen Kreisen in London über ein Zusammenreffen zwischen Baldwin und Poincaré nichts mitgeteilt worden. Die britische Regierung sei jedoch bereit, die französischen Forderungen zu unterstützen. Die britische Regierung sei jedoch bereit, die französischen Forderungen zu unterstützen. Die britische Regierung sei jedoch bereit, die französischen Forderungen zu unterstützen.

Ein Konflikt mit der Beamtenenschaft

Wöchentliche Vorauszahlungen an die Beamten

Die Verhandlungen beim Reichsfinanzminister.
Berlin, 17. September.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter hatten folgendes Ergebnis:
Für den laufenden Monat wird der prozentuale Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht. Die auf den ebenfalligen Zuschlag der Beamten in den besetzten Gebieten beträgt bis bisher 10 Prozent und jetzt ab 15 Prozent. In demselben Umfang wie der Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht. Die auf den ebenfalligen Zuschlag der Beamten in den besetzten Gebieten beträgt bis bisher 10 Prozent und jetzt ab 15 Prozent. In demselben Umfang wie der Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht.

Ein Konflikt mit der Beamtenenschaft

Wöchentliche Vorauszahlungen an die Beamten

Die Verhandlungen beim Reichsfinanzminister.
Berlin, 17. September.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter hatten folgendes Ergebnis:
Für den laufenden Monat wird der prozentuale Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht. Die auf den ebenfalligen Zuschlag der Beamten in den besetzten Gebieten beträgt bis bisher 10 Prozent und jetzt ab 15 Prozent. In demselben Umfang wie der Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht.

Ein Konflikt mit der Beamtenenschaft

Wöchentliche Vorauszahlungen an die Beamten

Die Verhandlungen beim Reichsfinanzminister.
Berlin, 17. September.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter hatten folgendes Ergebnis:
Für den laufenden Monat wird der prozentuale Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht. Die auf den ebenfalligen Zuschlag der Beamten in den besetzten Gebieten beträgt bis bisher 10 Prozent und jetzt ab 15 Prozent. In demselben Umfang wie der Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht.

Ein Konflikt mit der Beamtenenschaft

Wöchentliche Vorauszahlungen an die Beamten

Die Verhandlungen beim Reichsfinanzminister.
Berlin, 17. September.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter hatten folgendes Ergebnis:
Für den laufenden Monat wird der prozentuale Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht. Die auf den ebenfalligen Zuschlag der Beamten in den besetzten Gebieten beträgt bis bisher 10 Prozent und jetzt ab 15 Prozent. In demselben Umfang wie der Zuschlag auf 199 000 Mark, die Vorauszahlung auf 16 Millionen Mark erhöht.



